



Baulosspezifische Angebotsbestimmungen und baulosspezifische Vertragsbestimmungen

des Amtes der NÖ Landesregierung,
Gruppe Straße

Herstellung einer
Oberflächenbehandlung unter
des [teilweise] AG seitig beigestellten
[Reparaturzuges]/[Splittstreuers]
und/oder [Splitts]

E-Vergabe

Offenes Verfahren

Lieferung von Bitumenemulsion zur
Herstellung einer einfachen Oberfläche
im Gebiet der STM Atzenbrugg, STM
Bruck/L., STM Kirchberg/Wagram und
STM Neulengbach

Straßenbauabteilung 2



Version: 2026-01-14

0 VORWORT

Die für diesen Vertrag verbindliche Version der „Allgemeinen Angebotsbestimmungen, ständigen und technischen Vertragsbestimmungen“ (Kurzbezeichnung AVB) des Amtes der NÖ Landesregierung, Gruppe Straße für Liefer- und Bauleistungen ist auf der Website https://www.noel.gv.at/noe/Ausschreibungen-Liegenschaften/Allgemeine_Vertragsbedingungen_Gruppe_Strasse.html erhältlich.

Die Kapitel 1, 3 und 5 der AVB sind Vertragsgrundlage.

0.1 HINWEIS

Durch die baulosspezifische Vertragsanpassung in den Kapiteln 2 und 4 kann es vorkommen, dass die Nummerierung der Überschriften (Gliederungsnummerierung) nicht immer fortlaufend ist, weil nichtzutreffende Überschriften ausgeblendet werden.

Bei jenen Textpassagen bzw. Absätzen, bei welchen ausgefüllte/markierte Felder bzw. bzw. welche in schwarzer Schriftfarbe vorhanden sind, gelten ausschließlich diese Textpassagen bzw. Absätze.

Bei jenen Textpassagen bzw. Absätzen, bei welchen KEINE ausgefüllten/markierten Felder bzw. bzw. welche in hellgrauer Schriftfarbe und durchgestrichen vorhanden sind, GELTEN diese Textpassagen bzw. Absätze NICHT.

2 BAULOSSPEZIFISCHE ANGEBOTSBESTIMMUNGEN

2.1 ANGEBOTSGRUNDLAGE

Die „Allgemeinen Angebotsbestimmungen“ (Kapitel 1 der AVB, Version: 2025-12-22) des Amtes der NÖ Landesregierung, Gruppe Straße für Liefer- und Bauleistungen, gelten als integrierender Bestandteil für dieses Angebot.

2.2 EIGNUNGSANFORDERUNGEN UND NACHWEISE IM OFFENEN VERFAHREN

Der Bieter muss zur Durchführung der ausgeschriebenen Leistungen seine berufliche Befugnis, berufliche Zuverlässigkeit, finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie technische Leistungsfähigkeit belegen. Der Auftraggeber (im Weiteren AG) legt nachstehende Eignungskriterien fest, deren Erfüllung nachzuweisen sind.

Bei Bietergemeinschaften hat jedes Mitglied die Befugnis, finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie technische Leistungsfähigkeit für den ihm konkret zufallenden Teil nachzuweisen.

Sofern keine aktuelleren Nachweise gefordert werden, dürfen Nachweise nicht älter als 6 Monate sein. Für den Kontoauszug der Sozialversicherungsanstalt sowie die Rückstandsbescheinigung gem. BAO (oder gleichwertiger Nachweis für ausländische Bieter) gilt, dass der jeweils letztgültige Nachweis vorzulegen ist.

Sofern sich der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft auf die Kapazitäten (Befugnis, finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, technische Leistungsfähigkeit) erforderlicher Subunternehmer (gem. AVB Pkt. 1.16.2) stützt, sind die erforderlichen Nachweise von erforderlichen Subunternehmern erst über Aufforderung des AG nachzureichen.

2.2.1 Nachweis der Befugnis

Die erforderliche berufliche Befugnis hat vorzuliegen und ist gem. § 81 BVergG 2018 nachzuweisen.

Der Bieter muss demnach nachweisen, dass er die zur Ausführung der Leistungen erforderliche Berechtigung besitzt. Dieser Nachweis ist (ungeachtet der Möglichkeit der vorläufigen Vorlage einer Eigenerklärung) durch Übermittlung folgender Unterlagen zu führen:

Urkunde über die Eintragung des Unternehmers im betreffenden in Anhang IX zum BVergG 2018 angeführten Berufs- oder Handelsregister des Sitzstaates oder die Vorlage der betreffenden in Anhang IX zum BVergG 2018 genannten Bescheinigung. Ausländische Bieter werden auf § 21 Abs. 1 BVergG 2018 hingewiesen. Ausländische Bieter, die für die Ausübung der Tätigkeit in Österreich eine behördliche Entscheidung betreffend die Befugnis/Berufsqualifikation einholen müssen, haben ein darauf gerichtetes Verfahren vor Ablauf der Angebotsfrist einzuleiten und den diesbezüglichen Nachweis mit dem Angebot vorzulegen.

Sofern im Leistungsumfang Positionen enthalten sind, im Rahmen derer das „Wegschaffen“ von Materialien zu besorgen ist, hat die Erlaubnis für die Sammlung und Behandlung von Abfällen gem. §24a Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG) für jene Abfallarten vorzuliegen, die gem. Leistungsverzeichnis wegzuschaffen sind. Ein Bescheid gem. §25a AWG oder ein Auszug aus dem Elektronischen Datenmanagement-Umwelt (EDM-Portal) muss vorhanden sein und über Aufforderung vorgelegt werden

Soweit der Bieter für jene Abfallarten, die gem. Leistungsverzeichnis wegzuschaffen sind, selbst kein berechtigter Abfallsammler ist, hat er einen Subunternehmer mit der entsprechenden Erlaubnis namhaft zu machen. Diese sind im Formblatt 4 anzuführen und Beilage B hochzuladen (gem. AVB Pkt. 1.16.2).

Ausgenommen davon sind Bieter, die selbst keine berechtigten Abfallsammler sind und unter Anwendung des §24a (2) Zi. 5a oder Zi. 11 AWG nicht der Erlaubnispflicht unterliegen. Auf die Einhaltung von Punkt 5.1.10 der AVB wird hingewiesen.

2.2.2 Nachweis der beruflichen Zuverlässigkeit

Der Bieter bzw. sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft und alle Subunternehmer müssen nachweisen, dass kein Ausschlussgrund gem. § 78 Abs. 1 und Abs. 2 BVergG 2018 vorliegt. Dieser Nachweis ist (ungeachtet der Möglichkeit der vorläufigen Vorlage einer Eigenerklärung) durch Übermittlung folgender Unterlagen zu führen:

- Auszug aus der Insolvenzdatei** gem. § 256 der Insolvenzordnung – IO, RGBl. Nr. 337/1914, oder gleichwertige Dokumente der zuständigen Behörden des Sitzstaates des Unternehmers (hinsichtlich § 78 Abs 1 Z 2 BVergG 2018)



**Auszug
Insolvenzdatei**

auf Beschaffungsportal hochladen

verpflichtend
(Ausnahmen gem.
AVB Pkt. 1.14)

- Firmenbuchauszug** gem. § 33 des Firmenbuchgesetzes, BGBl. Nr. 10/1991, und **Auskunft aus dem Gewerbeinformationssystem Austria (GISA)** gem. § 365e Abs. 1 der Gewerbeordnung 1994 – GewO 1994, BGBl. Nr. 194/1994, oder gleichwertige Dokumente der zuständigen Behörden des Sitzstaates des Unternehmers (hinsichtlich § 78 Abs. 1 Z 3 BVergG 2018)



Auskunft GISA

auf Beschaffungsportal hochladen

verpflichtend
(Ausnahmen gem.
AVB Pkt. 1.14)

- letztgültige Kontobestätigung bzw. Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Sozialversicherungsträgers und letztgültige Rückstandsbescheinigung gem. § 229a der Bundesabgabenordnung – BAO**, BGBl. Nr. 194/1961, oder gleichwertige Dokumente der zuständigen Behörden des Sitzstaates des Unternehmers (hinsichtlich § 78 Abs. 1 Z 6 BVergG 2018)



**Bescheinigung
Unbedenklichkeit
und Rückstand**

auf Beschaffungsportal hochladen

verpflichtend
(Ausnahmen gem.
AVB Pkt. 1.14)

Werden die vorgenannten Nachweise im Herkunftsland des Unternehmers nicht ausgestellt oder werden darin nicht alle in § 78 Abs. 1 Z 1 bis Z 3 und Z 6 BVergG 2018 vorgesehenen Fälle erwähnt, so hat der Unternehmer eine Bescheinigung über eine eidesstattliche Erklärung oder eine entsprechende, vor einer dafür zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde, vor einem Notar oder vor einer dafür zuständigen Berufsorganisation des Herkunftslandes des Unternehmers abgegebene Erklärung vorzulegen, dass kein Ausschlussgrund gem. § 78 Abs. 1 Z 1 bis Z 3 und Z 6 BVergG 2018 vorliegt.

Die berufliche Zuverlässigkeit hat vorzuliegen und wird mit einer Auskunft gem. §35 LSD-BG und gem. §28b AuslBG durch den AG geprüft.

2.2.2.1 Ausschluss Unternehmen der Russischen Föderation im Oberschwelienbereich

- Gemäß Artikel 5 k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 als Reaktion auf den Russischen Angriffskrieg in der Ukraine 2022 sind Personen oder Unternehmen die einen Bezug zu Russland gemäß o.g. Verordnung haben von öffentlichen Vergaben auszuschließen. Für den Nachweis ist das Formblatt Ausschluss Unternehmen der russischen Föderation auszufüllen.



**Formblatt
Ausschluss
Unternehmen der
Russischen
Föderation**

**auf Beschaffungsportal
hochladen**

**Verpflichtend im
Oberschwelienbereich**
(Ausnahmen gem.
AVB Pkt. 1.14)

2.2.3 Nachweis der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

- Für den Fall, dass sich der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft zum Nachweis seiner finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten von **erforderlichen** Subunternehmern stützt, ist eine Erklärung über die solidarische Haftung von erforderlichen Subunternehmern gegenüber dem AG mit dem Formblatt Verpflichtungserklärung vorzulegen.

Hinweis:

- 1) **Nicht jeder** Subunternehmer ist gem. BVergG 2018 ein **erforderlicher** Subunternehmer. Das bedeutet, dieses Formblatt ist nur im gegebenen Anlassfall auszufüllen. Weitere Erläuterungen siehe AVB 1.16.2.



**Formblatt
Verpflichtungs-
erklärung**

auf Beschaffungsportal hochladen

bei Bedarf
(Ausnahmen gem.
AVB Pkt. 1.14)

- Ein Nachweis über das aktuellen KSV-Ratings des Kreditschutzverbandes (KSV) oder einer gleichwertigen Institution ist vorzulegen.



**Nachweis
KSV-Rating**

auf Beschaffungsportal hochladen

verpflichtend
(Ausnahmen gem.
AVB Pkt. 1.14)

Mindestanforderung: Die Ratingziffer des KSV-Ratings (oder einer gleichwertigen Institution) darf nicht größer als 399 sein, eine gleichwertige Institution hat ein „geringeres Risiko“ (entspricht KSV-Rating bis 399) auszuweisen.

- Es ist ein Nachweis über eine entsprechende Haftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden aus der Berufstätigkeit oder eine entsprechende Deckungszusage eines Versicherungsunternehmens, dass der Bieter im Austragsfall in Deckung genommen wird, vorzulegen.

	Nachweis Haftpflichtversicherung	auf Beschaffungsportal hochladen	verpflichtend <small>(Ausnahmen gem. AVB Pkt. 1.14)</small>
--	---	---	---

Mindestanforderung: Die Höhe der Deckungssumme der Haftpflichtversicherung ist in gem. AVB Pkt. 3.38.3 festgelegt.

2.2.4 Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit

- Für den Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit ist das Formblatt Referenzprojekte vorzulegen. Bezieht sich der Bieter auf Referenzen, die im eigenen Wirkungsbereich der vergebenden Stelle erfolgreich abgeschlossen wurden, müssen diese Referenzen im Angebot als Beilage genannt werden, jedoch darf für diese Referenzen auf das Ausfüllen des „Formblatt Referenzprojekte“ verzichtet werden.

	Formblatt Referenzprojekte	auf Beschaffungsportal hochladen	verpflichtend <small>(Ausnahmen gem. AVB Pkt. 1.14)</small>
--	-----------------------------------	---	---

Mindestanforderung: Es sind mindestens **3** Referenzen über die geleisteten Arbeiten mit zur gegenständlichen Ausschreibung vergleichbarer technischer Spezifikation der letzten fünf Jahre (Fertigstellungszeitpunkt) mit einem Auftragswert von insgesamt mindestens **250.000** EUR (inkl. USt.) vorzulegen.

Genannte Referenzbauwerke, welche im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften oder als Subunternehmer erbracht wurden, werden nur dann gewertet, wenn eine maßgebliche Beteiligung von mindestens 25 % am spartenspezifischen (Sparte Straßen-, Brücken- und Tiefbau) Geschäftsumfang des Projektes oder die Wahrnehmung einer technischen Geschäftsführung oder die Stellung des Bauleiters nachgewiesen wird.

- Für den Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit der Herstellung von Oberflächenbehandlungen (OB) nach RVS 08.16.04 sind vorzulegen:
 - die Leistungserklärungen der Bestandteile nach ÖNORM B 3596;
 - die Unterlagen gem. RVS 11.06.58 Pkt. 4.1 (jährliche Fremdüberwachung), Pkt. 4.2 (Bericht zum Feldversuch als Nachweis der Gebrauchstauglichkeit der Bindemittel) und Pkt. 4.3 (Bericht zum Feldversuch zur Feststellung der Gebrauchstauglichkeit der Bauweise durch den Verleger) oder alternativ ein GÖBE-Zertifikat.

	Nachweise OB	auf Beschaffungsportal hochladen	verpflichtend <small>(Ausnahmen gem. AVB Pkt. 1.14)</small>
--	---------------------	---	---

2.3 ZUSCHLAGSKRITERIEN

Der Zuschlag

- erfolgt auf das technisch und wirtschaftlich günstigste Angebot. Maßgebend für die Beurteilung der Angebote sind nachstehende Zuschlagskriterien, die mit folgenden Bewertungspunkten berücksichtigt werden.

Anwendung	Kurzbezeichnung Zuschlagskriterium	Gewichtung	Bewertung Punkte (in Summe100)
<input checked="" type="checkbox"/>	Angebotspreis (Preis)	Wp	98

<input checked="" type="checkbox"/>	Belastung des öffentlichen Straßennetzes durch LKW-Transporte	-	max. 2
-------------------------------------	--	---	---------------

2.3.1 Beschreibung und Ermittlung der Zuschlagskriterien

2.3.1.1 Zuschlagskriterium Angebotspreis

Die zu vergebenden Punkte werden wie folgt ermittelt:

$$\text{Punkte}_{\text{PreisAngebot}} = \left(1 + \left(1 - \frac{\text{PreisAngebot}}{\text{Preis}_{\text{min}}} \right) \right) * W_p$$

- Preis_{Angebot} Preis des jeweiligen Angebots
- Preis_{min} Preis des Angebots mit dem geringsten Angebotspreis
- W_p Gewichtung Preis

Ist die Preisdifferenz zwischen dem Preis des jeweiligen Angebots (Preis_{Angebot}) und dem Preis des Angebots mit dem geringsten Angebotspreis (Preis_{min}) mehr als 100% und würde diese Rechenregel somit negative Punkte ergeben, so werden in diesem Fall für dieses Zuschlagskriterium 1 Punkte vergeben.

2.3.1.2 Zuschlagskriterium Belastung des öffentlichen Straßennetzes durch LKW-Transporte

Der Bieter hat das Formblatt (**Formblatt 21 BELASTUNG DES ÖFFENTLICHEN STRASSENNETZES DURCH LKW-TRANSPORTE**) im Beschaffungportal auszufüllen.

	Formblatt 21	im Beschaffungportal ausfüllen	verpflichtend
--	---------------------	---------------------------------------	----------------------

Punkteermittlung: Die Belastung des öffentlichen Straßennetzes durch LKW-Transporte in mittleren Transportkilometern ergibt sich aus dem Quotienten SUMME 2 durch SUMME 1, auf ganze Kilometer mathematisch gerundet. Die Angabe eines Zwischenlagers widerspricht der Intention des Kriteriums und wird daher mit 0 Punkten bewertet.

Belastung des öffentlichen Straßennetzes durch LKW-Transporte (in mittleren Transportkilometern)	Punkte (max. 2,0)
Belastung ≤ 10 km	2,0
Belastung > 10 km bis ≤ 20 km	1,6
Belastung > 20 km bis ≤ 40 km	1,2
Belastung > 40 km bis ≤ 60 km	0,8
Belastung > 60 km	0,0

2.3.1.3 Zuschlagskriterium Lehrlingsquote

Das Zuschlagskriterium wird für die gegenständliche Ausschreibung für nicht anwendbar deklariert.

2.3.2 Ermittlung des Bestbieters

Berücksichtigt werden Angebote, die nach formaler, rechnerischer und sachlicher Prüfung für die Vergabe in Frage kommen. Bestbieter ist der Bieter jenes Angebots, das gem. angeführter Bewertung die meisten Punkte erhält.

Die ermittelten Punkte werden je Bieter addiert. Die Punktezahl wird auf 2 Kommastellen gerundet, ab einschließlich 0,005 Punkte wird aufgerundet, darunter abgerundet. Wenn keine Bieterangaben zur Wertung der Zuschlagskriterien vorliegen bzw. diese Angaben nicht nachvollziehbar sind, werden für dieses Zuschlagskriterium diesem Bieter keine Punkte vergeben.

2.3.3 Regelung bei Preis- und/oder Punktegleichheit

Im Fall von Punktegleichheit im Bestbieterverfahren bekommt jener Bieter den Zuschlag, der den niedrigeren Preis angeboten hat.

Im Fall von Preisgleichheit im Billigstbieterverfahren oder bei Preis- und Punktegleichheit im Bestbieterverfahren bekommt jener Bieter den Zuschlag, dessen nächstgelegener Firmensitz die kürzeste Distanz zur Baustellenmitte aufweist.

2.3.4 Vertragsstrafe bei Nichterfüllen von Zuschlagskriterien

Für den Fall des Nichterfüllens einzelner oder mehrerer mit den Zuschlagskriterien bewerteten und vom Bieter angebotenen Leistungszusagen (zum Angebotszeitpunkt), werden dem betroffenen Auftragnehmer die Vertragsstrafen (siehe Pkt. 4.2.2.3) abgezogen.

4 BAULOSSPEZIFISCHE VERTRAGSBESTIMMUNGEN

4.1 VERTRAGSGRUNDLAGEN UND –REIHENFOLGE

Die RVS 10.01.11 Ausgabe 2025-10-01 „Besondere rechtliche Vertragsbestimmungen für Bauleistungen an Straßen“ sowie die „ständigen und technischen Vertragsbestimmungen“ (Kapitel 3 und 5 der AVB, Version: 2025-12-22) des Amtes der NÖ Landesregierung, Gruppe Straße für Liefer- und Bauleistungen und alle Unterlagen im Beschaffungsportal sind Vertragsgrundlagen.

Ergeben sich aus dem Vertrag Widersprüche, gelten die Vertragsbestandteile in nachfolgender Reihenfolge:

1. die schriftliche Vereinbarung, durch die der Vertrag zustande gekommen ist (Angebotsannahme, Auftragsschreiben, Bestellschein, Auftragsbestätigung, Schluss- und Gegenschlussbrief oder dgl.);
2. die Baulosspezifische Vertragsbestimmungen (Kapitel 4);
3. die Technischen Vertragsbestimmungen (Kapitel 5 gem. AVB);
4. die Ständigen Vertragsbestimmungen (Kapitel 3 gem. AVB);
5. das Leistungsverzeichnis;
6. die mit dem Beschaffungsportal übergebenen Pläne, Zeichnungen und Unterlagen mit Ausnahme von den Angebots- und Vertragsbestimmungen, den Regelplänen der Abteilung Brückenbau, technischen Berichten, Bestandsunterlagen, dem Baulosspezifisches Prüfbuch und den Infoblättern. Bei Widersprüchen innerhalb dieser übergebenen Pläne, Zeichnungen und Unterlagen gilt die Reihenfolge der Aufzählung im Beschaffungsportal.
7. die NÖ Planungsgrundlagen der Abteilung Brückenbau;
8. der technische Bericht u. dgl.;
9. die Bestandsunterlagen u. dgl. z.B. Brückenbestandspläne
10. die ÖBV- und ÖGG-Richtlinien sowie die Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen (RVS) technischen Inhaltes;
11. die Normen technischen Inhaltes;
12. die ÖNORMEN (Werkvertragsnormen der Serien B 22xx und H 22xx) mit vornormierten Vertragsinhalten, die für einzelne Sachgebiete gelten;
13. die RVS 10.01.11 Ausgabe 2025-10-01;
14. die ÖNORM B 2110 Ausgabe 2023-05-01;
15. die ÖNORM B 2111 Ausgabe 2007-05-01;
16. die sonstigen Richtlinien technischen Inhaltes;
17. das Baulosspezifische Prüfbuch und die Infoblätter.

4.2 ALLGEMEIN

4.2.1 Verbindliche Termine

Termine Bitumenemulsionen/Fluxbitumen

Die Lieferungen und Leistungen für die Herstellung von Oberflächenbehandlungen/Asphaltoberflächen sind im Zeitraum von Mai bis Juni des jeweiligen Jahres nach Abruf durch die Straßenmeistereien der Bauabteilung zu erbringen und entsprechen dem Bedarf von 2 Jahren. Jedes Jahr wird etwa die Hälfte der ausgeschriebenen Lieferungs- und Leistungsmenge abgerufen werden.

Zwischentermine: Lieferbeginn ist spätestens jeweils 7 Tage nach Abruf durch die Straßenmeisterei. Der Endtermin und allfällig vereinbarte Zwischentermine sind gem. Pkt. 4.2.2 pönalisiert.

4.2.2 Pönale

4.2.2.1 Vorbemerkungen

Im Hinblick auf die große Bedeutung des Vertragsgegenstandes für den AG, insbesondere im Hinblick auf dessen Interesse an einer pünktlichen Fertigstellung, werden die in diesem Kapitel näher geregelten Vertragsstrafen des AN vereinbart.

Soweit eine Vertragsstrafe pro Zeitraum (z.B. pro Woche) vereinbart ist, ist die Vertragsstrafe jeweils für jeden solchen begonnenen Zeitraum, in dem der pönalisierte Tatbestand (erneut oder anhaltend) verwirklicht wird, gesondert zu bezahlen (also z.B. pro begonnener Woche).

➤ Verschuldensunabhängigkeit

Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes festgelegt ist, sind die vereinbarten Vertragsstrafen von einem Verschulden des AN unabhängig.

Die vereinbarten Vertragsstrafen fallen jedoch insoweit nicht an, als der AN nachweist, dass die Verwirklichung des betreffenden Tatbestandes ausschließlich:

- auf ein nicht vorhersehbares oder unabwendbares Ereignis außerhalb der Sphäre des AN, insbesondere auf höhere Gewalt;
- auf Witterungsbedingungen, welche die Leistungserbringung objektiv unmöglich gemacht haben, oder:
- auf vom AG zu vertretende Ereignisse zurückzuführen ist.

➤ Tatsächlicher Schaden

Die vereinbarten Vertragsstrafen sind vom Eintritt eines tatsächlichen Schadens und dessen Höhe unabhängig. Die geleistete Vertragsstrafe wird nicht auf einen etwaigen Schaden angerechnet.

➤ Verhältnis zum Erfüllungsanspruch

Die vereinbarten Vertragsstrafen werden neben der Erfüllung gefordert.

➤ Fälligkeit der Vertragsstrafe


Eine vereinbarte Vertragsstrafe wird fällig, sobald der AG nach Verwirklichung des pönalisierten Tatbestandes ihre Bezahlung verlangt oder erklärt, mit dem Anspruch auf Bezahlung der Vertragsstrafe gegen einen Gegenanspruch des AN aufzurechnen. Die fällige Vertragsstrafe wird vom AG auf der jeweils nächsten fälligen Rechnung vermerkt und einbehalten. Unterlässt der AG einen solchen Vermerk oder Einbehalt, so gilt dies nicht als Verzicht auf die Geltendmachung der Vertragsstrafe.

➤ Kumulierung der Eskalation bei fortgesetzter Begehung

Ist eine Kumulierung von Vertragsstrafen bei fortgesetzter Begehung festgelegt (siehe ³⁾) wird der AG dies sofort nach Erkennen dem AN mitteilen, um das Ausmaß der Kumulierung zu minimieren.

Die Vertragsstrafen unterliegen nicht dem richterlichen Mäßigungsrecht gem. § 1336 ABGB. Ein über die Vertragsstrafe hinausgehender Schaden ist zu ersetzen; die geleistete Vertragsstrafe wird jedoch auf den Schaden angerechnet.

Erläuterung der Pönalen:

	Tatbestand	Betrag ¹⁾	Bezug ²⁾	Eskalation ³⁾
---	-------------------	-----------------------------	----------------------------	---------------------------------

1) Betrag: legt die Höhe der Vertragsstrafe in EUR (netto zuzüglich Umsatzsteuer) fest.

2) Bezug: legt fest, worauf sich die jeweilige Vertragsstrafe bezieht, z.B. ist eine „pro Fall“ anfallende Vertragsstrafe für jeden Fall einer Verwirklichung des Tatbestandes zu bezahlen.

3) Eskalation: legt die Kumulierung oder Erhöhung von Vertragsstrafen bei wiederholter oder fortgesetzter Begehung fest, z.B. ist eine „pro Woche“ anfallende Vertragsstrafe für jede (begonnene) Woche zu bezahlen, innerhalb welcher der Tatbestand fortgesetzt verwirklicht wird; „ab dem 2. Mal“ bedeutet, dass ab der zweiten Verwirklichung ein und desselben pönalisierten Tatbestandes die in der Spalte ¹⁾ genannte Vertragsstrafe durch die in der Spalte ³⁾ genannte höhere Vertragsstrafe ersetzt wird.

4.2.2.2 Pönale Termine

Pönale gem. Abschnitt 6.5.3.1 der RVS 10.01.11.

4.2.2.3 Pönale Zuschlagskriterien

Im Zuge der Umsetzung sind dem AG entsprechende Nachweise zur Erfüllung der vom Bieter mit den Zuschlagskriterien bewerteten Leistungszusagen (zum Angebotszeitpunkt) auf dessen Verlangen vorzulegen.

Für den Fall des Nichterfüllens einzelner oder mehrerer mit den Zuschlagskriterien bewerteten und vom Bieter angebotenen Leistungszusagen (zum Angebotszeitpunkt), werden dem betroffenen AN folgende – von einem Verschulden des AN unabhängigen – Vertragsstrafen von der Schlussrechnungssumme (gesamt) abgezogen.

Diese Vertragsstrafen sind nicht begrenzt. Sie bestehen neben der Pönale gem. Pkt. 4.2.2.2 (Punkt 6.5.31 der RVS 10.01.11). Der diesbezügliche Stichtag für die Pönale gem. Pkt. 4.2.2.2 verschiebt sich um das Maß der Bauzeitverkürzung nach vorne.

Nicht vollständig erfüllte Leistungszusagen (zum Angebotszeitpunkt) zu den Zuschlagskriterien werden als nicht erfüllt gewertet und dafür werden die bei der Bestbieterermittlung jeweilig lukrierten Punkte dieses Zuschlagskriteriums in eine Vertragsstrafe umgerechnet.

Die monetären Abzüge werden gem. folgender Rechenregel ermittelt:

$$Abzug\ in\ [EUR] = Schlussrechnungssumme_{NETTO} \times 1,5 \times \frac{Punkte}{100}$$

➤ Punkte Im Zuge der Umsetzung nicht nachgewiesene Maßnahmen einzelner Zuschlagskriterien und somit bei der Bestbieterermittlung falsch vergebene Punkte für jene Zuschlagskriterien.

4.2.2.9 Pönale Arbeitnehmerschutz

Für jeden Fall von unzureichendem Arbeitnehmerschutz bzw. mangelhafter Baustellenabsicherung hat der AN eine Pönale in folgender Höhe (netto) zu leisten:

	Arbeitnehmerschutz	200,00 € ¹⁾	pro Fall ²⁾	pro Kalendertag ³⁾
--	---------------------------	-------------------------------	-------------------------------	--------------------------------------

4.2.2.10 Pönale sonstige Vertragsverstöße

Für jeden Fall für sonstige Vertragsverstöße, soweit anhaltend (Dauerdelikte) und für sonstige Vertragsverstöße, soweit abschließend verwirklicht hat der AN eine Pönale in folgender Höhe (netto) zu leisten:

	Vertragsverstoß (Dauerdelikt)	200,00 € ¹⁾	pro Fall ²⁾	pro Woche ³⁾
	Vertragsverstoß verwirklicht	200,00 € ¹⁾	pro Fall ²⁾	-- ³⁾

4.2.3 Elektronische Bauabrechnung

Es ist ausschließlich eine elektronische Bauabrechnung nach ÖNORM A 2063, Ausgabe 2015-07-15 zulässig.

4.2.4 Rechnungslegung/Zahlung

Für die einzelnen Straßenmeistereien/Bauvorhaben sind getrennte Rechnungen vorzulegen.

Eine getrennte Rechnungslegung und direkte Verrechnung von Teilen der Gesamtleistung durch Subunternehmer ist nicht zulässig.

Die Bieter-/Arbeitsgemeinschaft nimmt zur Kenntnis, dass eine getrennte Rechnungslegung und direkte Verrechnung von Teilen der Gesamtleistung durch Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft bzw. durch Subunternehmer nicht zulässig ist.

- Abschlagszahlungen werden nach Legung von Abschlagsrechnungen gem. RVS 10.01.11/ÖNORM B 2110 ausbezahlt.
- Der AN muss seine Rechnungen dem Land NIEDERÖSTERREICH unter <https://www.erechnung.gv.at> als „e-Rechnung“ (§ 5 Abs. 1 IKT-Konsolidierungsgesetz und § 2 Abs. 1 e-Rechnungsverordnung) übermitteln. Die Ausgangsrechnung des AN ist verpflichtend als Rechnungsbeilage hochzuladen, die Eingabe eines Pauschalbetrages über den Rechnungszuwachs ist nicht ausreichend.

4.2.5 Preisveränderung

- Preisumrechnung für Bitumenemulsionen / EO / OB:
Für den Fall der Herstellung einer einfachen Oberflächenbehandlung durch Breitspritzgerät oder Reparaturzug gilt:
Die Angebotspreise gelten als Festpreise. Als Preisbasis gilt das Ende der Angebotsfrist
Ausgenommen davon sind die bituminösen Materialanteile der Bitumenemulsionen. Bei diesen werden Preisumrechnungen des Anteiles Sonstiges gem. Bitumenmesszahlen nach Herkunftsländern des Baukostenindex der Statistik Austria für den Straßenbau durchgeführt. Dafür wird die Differenz der Bitumenmesszahlen zwischen Angebotsmonat und Einbaumonats gebildet. Nach Vorliegen der Bitumenmesszahlen erfolgen die Preisumrechnungen.
Es muss für den kalkulierten Bitumenanteil (lt. Formblatt K4 bzw. Formblatt K7) bei Erreichen des Schwellwertes entgegen der ÖNORM B 2111 Regelungen mit einem vereinfachten Verfahren, bei welchem nur die Differenzen zwischen Angebotsmonat und Leistungsausführungsmonat verwendet werden, eine Umrechnung des Anteiles Sonstiges durchgeführt werden. Daher sind die Angebotspreise in Lohn und Sonstiges zu teilen.
Wie schon in der ÖNORM B 2111 unter Pkt. 5.2.1.1 angeführt, sind Preisumrechnungen mit gegenständlich vereinfachtem Verfahren sowohl bei Erhöhungen, als auch bei Ermäßigungen der vereinbarten Preisumrechnungsgrundlagen durchzuführen.

4.2.6 Bauüberwachende Dienststelle

Die bauüberwachende Dienststelle ist die **Straßenbauabteilung 2 - Tulln**

4.2.7 Subunternehmer:

In Ergänzung zu den AVB Pkt. 1.16 Subunternehmer wird folgendes festgelegt:

Folgende kritische Aufgaben sind zwingend vom Bieter selbst auszuführen (für diese Leistungen darf weder ein Subunternehmer, noch ein mit diesem Unternehmen verbundenes Unternehmen herangezogen werden) gemäß § 98 Abs 4 Z 1 BVerfG 2018:

- Produktion der entsprechenden Bitumenemulsionen (gemäß RVS 08.16.04 bzw. ÖNORMEN)
- Aufbringen der Bitumenemulsionen mit entsprechenden Geräten (z.B.: Breitspritzgerät BSG, Reparaturzug RepZug, wegabhängiger Anhängewalzensplittstreuer, usw.) gem. Leistungsverzeichnis LV und gemäß RVS 08.16.04 (Details siehe auch Pkt. 4.3.3)

4.2.8 Baustellenkoordination

- Die Baustellenkoordination gem. § 5 BauKG BGBl. I Nr. 37/1999 wird vom AG durchgeführt.

4.2.9 Verkehrsmaßnahmen

Die Arbeiten sind unter Aufrechterhaltung des vorhandenen Verkehrs durchzuführen.

- Der AG wird rechtzeitig vor Baubeginn bei der zuständigen Behörde die Bewilligung der Arbeiten gem. § 90 StVO 1960 in der letztgültigen Fassung erwirken.

Falls von der Behörde oder der ausschreibenden Stelle eine Verkehrslichtsignalanlage vorgegeben ist, muss eine temporäre Verkehrslichtsignalanlage gem. ÖNORM V 2006 mit Rest-Rot-Anzeige eingesetzt werden. Sofern dafür nicht eigene Positionen im Leistungsverzeichnis vorgesehen sind, sind die Kosten

für die Verkehrslichtsignalanlage mit Rest-Rot-Anzeige mit den Einheitspreisen der Positionen der Verkehrslichtanlage abgegolten.

4.2.10 Spezielle Verkehrsregelungen

Der AG wird rechtzeitig vor Baubeginn bei der zuständigen Behörde die Bewilligung der Arbeiten gem. § 90 StVO 1960 in der letztgültigen Fassung erwirken. Allfällige Absicherungsarbeiten sowie die gegebenenfalls erforderliche Umleitungsführung liegen in der Sphäre des AG.

4.2.11 Baubuch

Der AG führt kein Baubuch.

4.2.12 Übernahme

Die Übernahme erfolgt förmlich.

4.2.13 Baubeschreibung

4.2.14 **Der Auftragnehmer AN hat gem. Leistungsverzeichnis (LV) und entsprechenden RVSen die Lieferung von Bitumenemulsion inkl. erforderlichen Zubehör auf einzelnen Landesstraßenabschnitten durchzuführen.**

Bei den vertragsgegenständlichen Straßenmeistereien handelt es sich um die STM Atzenbrugg, die STM Bruck/Leitha, die STM Kirchberg am Wagram sowie die STM Neulengbach. Dabei soll die Herstellung der Oberflächenbehandlung durch den landeseigenen RepZug in Eigenregie erfolgen. Die Lieferung des Splitts wird in einem gesonderten Auftrag vergeben und ist nicht Bestandteil dieser Ausschreibung.

4.2.16 Haftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden aus der Berufstätigkeit (Änderung zu 3.38.3 der AVB)

Die Versicherungssumme darf pro Schadensfall nicht geringer als ein Drittel des Angebotspreises (inkl. Umsatzsteuer) sein, mindestens hat sie jedoch 500.000,- Euro zu betragen.

4.3 **BAULOSSPEZIFISCHE VERTRAGSBESTIMMUNGEN STRASSE**

4.3.1 Oberflächenbehandlungen (OB) nach RVS 08.16.04

Wenn in den Positionstexten keine maßgebende Verkehrsbelastung (N, M, H) angemerkt ist, sind die zu erfüllenden Anforderungen der Leistungserklärungen und Nachweise auf die Anforderungen der Verkehrsbelastung H abzustimmen.

Der LA-Wert ist an der Kornklasse 4 bis 8 mm gem. Tabelle B.1 der ÖNORM EN 1097-2 nachzuweisen, sofern gemäß LV die Lieferung von Oberflächensplitt gefordert wird. Der Prüfbericht muss aus dem aktuellen Kalenderjahr stammen und ist spätestens 2 Wochen vor Einbaubeginn dem AG vorzulegen.

4.3.3 Kalibrierungsnachweis für Spritzgeräte für Bindemittel und Splittstreugeräte

Es sind für jene Positionen, in welchen Spritzgeräte für Bindemittel und Splittstreugeräte ausgeschrieben sind (z.B.: Breitspritzgerät, Rampenspritzgerät, Reparaturzug, OB Maschine, wegabhängiger Anhängewalzensplittstreuer, usw.), die nach ÖNORM EN 12271 (Oberflächenbehandlung-Anforderungen) jährlich erforderlichen Kalibriernachweise bis spätestens 2 Wochen vor Einbaubeginn dem AG zu übergeben.

4.3.5 Bezugsquellennachweis

Der Bieter hat das **Formblatt Bezugsquellennachweis** auszufüllen und im Beschaffungsportal hochzuladen.

	Formblatt Bezugsquellennachweis	auf Beschaffungsportal hochladen	verpflichtend (Ausnahmen gem. AVB Pkt. 1.14)
--	--	---	---

Unverbindliche Übersicht über die voraussichtliche Aufteilung der Tonnagen des Leistungsverzeichnisses auf die Straßenmeistereien:

	mit Breitspritz- gerät [t]	mit Reparatur- zug [t]	Summe [t]
STM Atzenbrugg	0	25	25
STM Bruck/Leitha	0	30	30
STM Kirchberg/Wagram	0	40	40
STM Neulengbach	0	30	30
Summe STBA2	0	125	125

BESICHTIGUNGSPROTOKOLL
für jene Baulose, bei welchen eine Oberflächenbehandlung nach RVS 08.16.04
in Zusammenarbeit von AG+AN hergestellt werden

Kunde	Firma
(Auftraggeber)	(Auftragnehmer)
.....

Bereisungstermin:

Baulos: siehe Tabelle auf der Rückseite dieses Protokolls
 m² (ca.): siehe Tabelle auf der Rückseite dieses Protokolls
 DTV/DTLV: siehe Tabelle auf der Rückseite dieses Protokolls
 Art der OB:

Bindemittel:

Vorarbeiten:	Auftraggeber	Auftragnehmer
Asphaltausbesserungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fugenverguss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Demarkierung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Feinsichtfräsung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wasserhochdruckreinigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bindemittelmenge (kg/m ²), (einvernehmliche Festlegung)	//////////
Splittgröße + Lieferant (vorauss.)	//////////
Splittqualität am gelieferten Splitt (LA max.)	Prüfung vom AN bestätigt
Splittüberprüfung (STS)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gummiradwalze beige stellt von	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Walzensplittstreuer beige stellt von	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abkehren durchzuführen von	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
§ 90 Bescheid zu beantragen von	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verkehrsabsicherung durchzuführen von	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Baubeginn (voraussichtlich):

Eignung für OB: geeignet beschränkt geeignet nicht geeignet

Anmerkungen:

.....

.....

.....

.....
 (Datum/Unterschrift Auftraggeber)

.....
 (Datum/Unterschrift Auftragnehmer)

